

Zur Frage der Kartoffelversorgung.

N. Berlin, 1. März. (Priv.-Tel., Str. Bln.) Wir haben in den letzten Tagen wiederholt Veranlassung genommen, auf die Ursachen hinzuweisen, die zu der Kartoffelknappheit in Groß-Berlin geführt haben. Zweifellos hat diese Knappheit große Beunruhigung in weiten Bevölkerungsteilen hervorgerufen, und diese Beunruhigung wurde auch nicht beseitigt, als es nach der Aufhebung der Kleinhandelspreise durch das Oberkommando in den Marken zwar wieder Kartoffeln gab, aber die Preise ganz ungewöhnlich in die Höhe schnellten. Es wurde ganz allgemein das Verlangen nach einer Beschlagnahme der Kartoffeln laut, damit den spekulativen Preistreibereien ein für allemal entgegengetreten werde. Zu dieser Beschlagnahme läßt sich nun aber die Regierung nicht bereit finden und zur Begründung für ihre Behauptung, daß eine allgemeine Beschlagnahme der Kartoffeln nicht zu dem Ziele einer gleichmäßigen Versorgung führen könne, gibt sie folgendes an: Die Lagerung in großen Mengen sei undurchführbar. Wer Kartoffeln zum Zwecke der Weiterveräußerung kaufe, müsse auch das Risiko für den Transport und die Lagerung am Verkaufsort übernehmen. Eine Ausschaltung des an der Ware persönlich und geschäftlich interessierten Handels würde nicht die Versorgung der Städte mit Kartoffeln sicherstellen, sondern lediglich große Vorräte dem Verderben aussetzen. Es bedürfte wohl keines besonderen Hinweises, daß bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Abschließung unseres Vaterlandes dies unter allen Umständen vermieden werden müsse.

Man kann darüber verschiedener Ansicht sein, ob es nicht doch, bei geeigneter Heranziehung von Groß- und Kleinhändlern, möglich sein sollte, im Wege allgemeiner Enteignung die Kartoffelversorgung Deutschlands zu regeln; die Zeit wird lehren, ob die Regierung nicht doch noch auf die Beschlagnahme wird zurückgreifen müssen. Zunächst ist es aber mit Freuden zu begrüßen, daß die Regierung die Behörden angewiesen hat, auf Grund des Höchstpreisgesetzes vom 4. August 1914 von der individuellen Enteignung zu Gunsten besonders nothleidender Gemeinden ausgiebig Gebrauch zu machen. Hierzu ist es aber notwendig, zu wissen, ob größere Kartoffelmengen aufgeschapelt werden und zu dieser Kenntnis wird die Regierung kommen durch eine Bestandaufnahme der Vorräte. Die Bestandaufnahme wird, wie wir erfahren, in aller nächster Zeit erfolgen und sie wird uns auch völlige Gewißheit über die Menge der vorhandenen Kartoffeln geben und wird Beruhigung schaffen bei denen, die bereits fürchteten, es könne nicht nur eine lokale, sondern eine allgemeine, sich auf das ganze Reich erstreckende Kartoffelknappheit vielleicht schon vorhanden sein. Weiter können wir es begrüßen, daß von den maßgebenden Stellen die Aufhebung der Kleinhandelspreise durch das Oberkommando in den Marken nur als eine vorübergehende Maßnahme angesehen wird, die dazu beitragen sollte, zuerst wieder einmal Kartoffeln nach Berlin zu bringen, wenn auch die Preise nicht dem öffentlichen Interesse entsprechen. Zu geeigneter Zeit wird auch das Berliner Oberkommando wieder zur Festsetzung von Kleinhandelspreisen greifen und es wird weiter dafür gesorgt werden, daß der Erlaß des preussischen Handelsministers, des Landwirtschaftsministers und des Ministers des Innern zur Durchführung kommt, nach dem in allen Teilen des Landes bei den zuständigen Behörden auf die Festsetzung von Kleinhandels-Höchstpreisen, nötigenfalls auch auf die Festsetzung von Großhandels-Höchstpreisen, gedrängt werden soll. Nebenfalls aber besteht, wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, kein Grund zu der Befürchtung, daß ein Mangel an Speisekartoffeln im Lande den Anlaß zu der Kartoffelknappheit der letzten Tage gegeben hätte, sondern diese lokale Kartoffelknappheit wird zurückzuführen auf die ungünstige Jahreszeit, auf die Verlegung der Eisenbahnstrecken mit Militärtransporten und zum großen Teil auch auf die spekulativen Manöver, denen man, wie wir bestimmt hoffen, in der nächsten Zeit entsprechend dem Erlaß an die Regierungspräsidenten mit der nötigen Schärfe entgegenzutreten wird.

Um der Verfüllung von Speisekartoffeln entgegenzutreten, sind bekanntlich vom Bundesrat die Produzenten-Höchstpreise wesentlich erhöht worden und zwar um soviel, daß der Verkaufspreis der Kartoffeln niedriger ist als der Verkaufspreis, den die Produzenten erhalten. Eine noch durchgreifendere Maßnahme ist die Verpflichtung der Kommunen, sich bis zu einem bestimmten Prozentfuß mit Fleischdauerware zu versorgen. Auf diese Weise wird erreicht werden, daß unsere Schweinebestände wesentlich herabgebracht werden. Um auch darüber Klarheit zu erlangen, die nötigenfalls zu einer durchgreifenderen Abschließung des Schweinebestandes führen könnte, hat der Bundesrat, wie wir erfahren, beschlossen, kurzfristige Schweine-Zwischenzählungen in den aller nächsten Tagen anzuordnen.

Auf eine telegraphische Vorstellung der Vertreter der Kaufmannschaft von Berlin um ausreichende Vereinfachung von Eisenbahnwegen für die Kartoffelfuhr nach Berlin und um Beschleunigung dieser Transporte hat der Minister der öffentlichen Arbeiten geantwortet, daß er die beteiligten Eisenbahndirektionen beauftragt habe, für die Beförderung von Speisekartoffeln zur Versorgung der Großstädte, namentlich Berlins, auch während der verhängten Sperrzeit zu sorgen. Nötigenfalls sollen die Sendungen in Güterzügen ohne Frachterhöhung befördert werden. Der Wagenbedarf für Kartoffeltransporte soll vorzugsweise gedeckt werden. Voraussetzlich werden infolgedessen die Kartoffelfuhren nach Berlin wieder zunehmen.